Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 39. [46. Jahrgang.] Freitag den 15. Februar 1907. [46. Jahrgang.] Nr. 39.

Berlin, den 14. Februar.

Politischer Tagesbericht.

Das **Königliche Staatsministerium** trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Fürsten v. Bülow gestern zu einer Sitzung zusammen.

Rundschau im Auslande.

Das Petersburger Blatt *Rossija* sagt in einem Kommentar zu den Sitzungen der **französischen Deputiertenkammer** vom 7. und 8. Februar, man müßte die Politik der französischen Sozialisten gar nicht beachten, wenn sie nicht das **französisch-russische Bündnis** berührte. Die Politik der Sozialisten sei stets antinational, besonders in Frankreich, wo sie den politischen Bestrebungen des französischen Volkes entgegengesetzt sei. Die Taktik der Sozialisten führe aber zu einer Befestigung des französisch-russischen Bündnisses als einer Verbindung, die nicht nur von den Gefühlen zweier Völker, sondern auch von den gegenseitigen Interessen zweier Mächte diktiert sei. Das Bündnis sei geschlossen worden zu einer Zeit, als die Regierungsformen Rußlands und Frankreichs nichts Gemeinsames hatten. Durch die jüngsten Ereignisse in Rußland habe diese Sachlage eine Aenderung erfahren, aber Angelegenheiten der inneren Politik seien von keinem großen Belang, da beide Länder vollständig unabhängig seien. Das Vorgehen der Sozialisten beweise ihre politische Unfähigkeit, und es zwinge gleichzeitig die öffentliche Meinung in Frankreich, die Bemühungen zur Erhaltung des Bündnisses Gutes, welches Frankreich in seinem Bündnis mit Rußland gewonnen habe, zu verdoppeln. Das Blatt schließt mit dem Ausdrucke der Befriedigung Rußlands über die Erklärungen der französischen Minister und die Kundgebung der öffentlichen Meinung. Man könne sicher sein, daß das französisch-russische Bündnis eine starke Stütze für den europäischen Frieden und eine Förderung der gegenseitigen Interessen Rußlands und Frankreichs bleiben werde.

In der **italienischen Deputiertenkammer** erklärte am Mittwoch Minister des Aeußern Tittoni auf Anfragen verschiedener Deputierten, der italienische Botschafter in Petersburg habe, wie übrigens schon im Dezember vorigen Jahres dem Hause mitgeteilt worden sei, die bestimmte Instruktion erhalten, der russischen Regierung mitzuteilen, daß Italien mit Rücksicht auf die Bestimmungen des auch heute noch in Kraft bestehenden **Handelsvertrages** von 1863 nicht zugeben könne, daß nach Rußland eingeführte italienische Produkte mit einem Differentialzoll belegt würden. Der Botschafter sei bei seinen Vorstellungen mit der russischen Regierung auf Schwierigkeiten gestoßen, die russische Regierung beharre trotz des Einspruches mehrerer anderer Staaten Europas dabei, Persien bezüglich einiger Produkte eine Vorzugsbehandlung zu gewähren. Der russischen Regierung sei infolgedessen auf diplomatischem Wege ein formeller Protest überjandt worden. Uebrigens seien Verhandlungen wegen eines neuen italienisch-russischen Handelsabkommens im Gange, und die Regierung werde Sorge tragen, daß die Interessen der italienischen Zitronenproduktion geschützt werden, die Regierung könne sich aber während des Laufes der Verhandlungen nicht in Erörterungen darüber einlassen, ohne aus der Reserve, die sie sich auferlegen müsse, herauszutreten.

Auf eine Anfrage des Deputierten Niccolini bezüglich der Ausweisung des italienischen Journalisten Maranini aus Trient erklärte Minister Tittoni, das Recht, fremde Staatsangehörige auszuweisen, sei in Oesterreich-Ungarn, wie in Italien ebenfalls, ein diskretionäres. Die österreichische Regierung lege über die Anwendung dieses Rechts nur dem Parlament Rechenschaft ab, wie das auch in Italien der Fall sei. Was die Informationen betreffe, die die italienische Polizei ausländischen Polizeibehörden auf der Grundlage vollster Reziprozität gewähre, so könne darüber der Minister des Innern Auskunft geben. Der Unterstaatssekretär Facta vom Ministerium des Innern erklärte hierauf, die italienische Polizei habe Gelegenheit gehabt, den österreichischen Behörden über Maranini drei Jahre vor dessen Ausweisung Auskunft zu erteilen. Die italienischen Behörden ließen sich bei solchen Auskunfterteilungen an fremde Behörden nur von Gerechtigkeit und Loyalität leiten, und das sei auch bei der Erteilung der Auskunft über Maranini geschehen.

Im Laufe der gestrigen Adreßdebatte im englischen Unterhause erklärte Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey in Erwiderung von Kritiken, die sich gegen die **englisch-französische Konvention** gegen die **Neu-Hebriden** richten, daß die Konvention die beste Abmachung sei, die unter den obwaltenden Umständen möglich gewesen wäre, und behauptet, daß England sogar ein gutes Geschäft dabei gemacht habe. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Anregungen der Kolonieen in Bezug auf Aenderungen der Konvention unbeachtet geblieben seien, führt Grey aus, daß zu der Zeit, als diese Anregungen in London eingingen, es sehr unerwünscht gewesen wäre, die Ratifikation der Konvention durch eine lange Beratung neuer Punkte zu verzögern, und daß dieser Gesichtspunkt auch von den Kolonieen anerkannt sei. Die Kolonieen befürchteten ebenso wie die Reichsregierung, daß, wenn der Abschluß des Abkommens noch weiter verzögert würde, andere Komplikationen auftauchen möchten, welche das Zustandekommen einer so günstigen Konvention, wie die jetzt abgeschlossene, zweifelhaft machen könnten. Die Kolonieen schlossen sich deshalb der Ansicht der Regierung an und bezeichneten es ebenfalls für wünschenswert, daß eine Konvention, die ein gemeinsames englisch-französisches Protektorat über die Neu-Hebriden vereinbart, unverzüglich abgeschlossen werde. Sir Edward Grey führt weiter aus: „Die britische Regierung schlug darauf der französischen vor, die vorliegenden Schwierigkeiten zu beseitigen durch die sofortige Erklärung eines gemeinsamen Protektorates unter Aufschub des wirklichen Vertragsabschlusses. Hierauf antwortete die französische Regierung, daß durch eine derartige einfache Erklärung der Eindruck hervorgerufen werden würde, daß England und Frankreich in Bezug auf ihre Interessen, die sie bis dahin immer als wohlbegründete bezeichnet hätten, sich zweifelhaft geworden wären. Die französische Regierung erklärte außerdem mit Recht, daß es unerwünscht sein würde, ein gemeinsames Protektorat zu erklären, ohne gleichzeitig eine Begründung dafür zu geben. Es war deshalb unzweifelhaft das beste, die Konvention zu ratifizieren und die Beratung weiterer Verbesserungen darin zu verschieben. Würde die Opposition unter diesen Umständen den Abschluß der Konvention verzögert haben, um Einzelheiten derselben zu beraten? Bejaht die Opposition diese Frage, so würde sie Gefahr gelaufen sein, unseren Einfluß auf den Neu-Hebriden zu verringern und auf Komplikationen zu stoßen, welche die Regelung der Angelegenheit viel schwieriger gestaltet haben würden."

Der zum Kommandanten der **britischen Kanalflotte** ernannte Admiral Beresford hat, wie aus London gemeldet wird, erklärt, er verzichte auf das Kommando, wenn die Stärke der Flotte auf 14 Linienschiffe, 4 geschützte und 3 ungeschützte Kreuzer, wie beabsichtigt, festgesetzt werde. Er werde nur die Verteidigung der heimischen Gewässer übernehmen mit einer Flotte, die ihren Anforderungen genüge, und die in Friedenszeiten unter seinem Befehl ausgebildet sei.

Nach Meldungen aus *Tanger* macht die Verfolgung **Raisulis** neue Schwierigkeiten. Es heißt, daß es ihm gelungen ist, das Einvernehmen zwischen den verschiedenen Stämmen wieder herzustellen, so daß der Kaid der Beni Sidder nicht in der Lage sein wird, seinen Stamm zur Unterwerfung zu veranlassen. Die Mahalla soll energische Offensivmaßregeln treffen. Mac Lean, der die Mahalla begleitet, hat sich nach Fez begeben, um Instruktionen für die zukünftigen Operationen der Mahalla zu holen.

Ueber Aenderungen, die die Regierung der **Vereinigten Staaten** für das dortige **Einwanderungsgesetz** plant, liegen folgende Mitteilungen vor:

Washington, 13. Februar. Bereits seit der letzten Session des Kongresses sind verschiedene Aenderungen des Einwanderungsgesetzes erwogen worden. Das bestehende Gesetz setzt nämlich eine Kopfsteuer von 4 Dollar fest für alle Einwanderer, mit Ausnahme solcher, die aus Kanada, Neufundland, Kuba und Mexiko kommen, es sagt aber nichts über Einwanderer, die in Puertorico, Hawai, Guam und den Philippinen landen. Weiterhin sollen neue Bestimmungen über den den **Passagieren** auf den **Auswandererschiffen** zu gewährenden Luftraum getroffen werden, und zwar werden für jede Person auf allen Schiffen, die Einwanderer nach den Vereinigten Staaten bringen, 18 Kubikfuß mehr für das Hauptdeck und das erste Zwischendeck und 20 Kubikfuß mehr für das zweite Zwischendeck verlangt.

Washington, 13. Februar. Staatssekretär Root bereitet ein Amendement zur Einwanderungsbill vor, nach welchem die Einwanderung von Asiaten nach den Philippinen und den Sandwichinseln verboten wird. Bisher wurden dort japanische Arbeiter nur für ein einmaliges Verweilen zugelassen. Von zuständiger Stelle wird erklärt, der japanische Botschafter habe sich mit dem Amendement einverstanden erklärt, das nur bis zum Abschluß eines neuen Vertrages mit Japan in Kraft bleiben solle. Das Amendement enthält auch die Bestimmung, daß der Präsident Ausländern, welche ihre Zulassung auf das kontinentale Gebiet der Vereinigten Staaten auf Grund von Pässen nachsuchen, die auf irgend ein anderes Land als die Vereinigten Staaten oder deren insulare Besitzungen oder die Zone der Panamakanals lauten, diese Zulassung verweigern kann, wenn er überzeugt ist, daß die Pässe in einer Art benutzt werden, die den Interessen der amerikanischen Arbeiter schädlich ist.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser unternahm gestern nachmittag einen Spaziergang im Grunewald bis zum Stern. — Zur Abendtafel waren die Kronprinzlichen Herrschaften geladen.

Heute morgen machten Beide Majestäten mit dem Prinzen Adalbert einen Spaziergang im Tiergarten. — Se. Majestät der Kaiser hatte dann eine Konferenz mit dem Reichskanzler, besichtigte im Portal I des Königlichen Schlosses das Modell der neuen Charlottenburger Brücke im Beisein des Oberbürgermeisters Schustehrus und des Professors Schaede und hörte die Vorträge des Chefs des Generalstabes der Armee, des Kriegsministers, des Chefs des Ingenieur- und Pionierkorps und des Chefs des Militärkabinetts.

* Die beabsichtigte Reise der Kronprinzlichen Herrschaften nach St. Moritz ist um 3 bis 4 Tage verschoben worden.

u. Herzog Robert von Württemberg hat sich von hier nach Demmin begeben, um sich von dem dort in Garnison liegenden Ulanenregiment, dem er bisher angehörte, zu verabschieden.

** Der Oberbürgermeister Beutler hat im Namen der städtischen Kollegien Dresdens dem verunglückten Gesandten das wärmste Mitgefühl an dem Grubenunglück in Reden ausgesprochen und für die Hinterbliebenen der umgekommenen Bergleute 3000 ℳ übergeben.

u. u. Prinz Hermann zu Stolberg-Wernigerode ist von Schloß Wernigerode hier angekommen.

u. Fürst Andreas Lubomirski ist aus Krakau hier eingetroffen.

u. Der Erbmarschall im Herzogtum Geldern Graf Hoensbroech ist von Schloß Haag hier angekommen, desgleichen Kammerherr Graf v. d. Recke v. Volmerstein aus Damme.

* Aus Bonn kommt die Nachricht, daß der Kurator der dortigen Universität, Dr. v. Rottenburg, heute, Donnerstag mittag, infolge eines Schlaganfalls gestorben ist. Franz Johannes von Rottenburg war am 16. März 1845 in Danzig geboren. Er studierte von 1862 bis 1865 in Heidelberg und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften, arbeitete dann am Berliner Stadtgericht und beim Kammergericht, wurde 1870 Assessor, nahm Ende 1872 seinen Abschied und kam Justizdienst und lebte bis 1876 in London, mit staatsrechtlichen Studien beschäftigt. Im März 1876 trat er in das Auswärtige Amt in Berlin ein und wurde im Herbst 1881 als vortragender Rat in die Reichskanzlei berufen. Im Februar 1891 wurde v. Rottenburg als Unterstaatssekretär in das Reichsamt des Innern versetzt. 1896 schied er als Wirklicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz aus dem Reichsdienste und wurde zum Kurator der Universität Bonn ernannt.

k. Generalleutnant v. Usiar, Kommandeur der 34. Division, und Oberstleutnant Grieben, Stabsoffizier beim Bezirkskommando Beuthen O.-Schl., sind nach beendetem Urlaub von Berlin wieder abgereist.

k. Generalmajor Graf v. Bünau, Inspekteur der Jäger und Schützen, Oberst v. Boehn, Direktor der Militäreisenbahn, und Major Rusche im Großen Generalstabe haben die Garnison verlassen.

k. Oberstleutnant Madlung, Direktor der 2. Traindirektion, und Major Jung im Kriegsministerium sind in die Garnison zurückgekehrt.

k. Major v. Gotzow, Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Nr. 160, ist mit Urlaub in Berlin eingetroffen.

Deutsches Reich.

* Durch die Blätter geht ein **Bericht aus Stockholm**, wonach Herr Stead in einem Vortrage gesagt haben soll, daß Fürst Bülow sich ihm gegenüber dahin geäußert habe, der Kaiser, alle Generale und Staatsmänner wollten den Frieden, nur nicht die Zeitungen, und daß der Reichskanzler ferner gesagt habe, er wisse ein Mittel, um im Handumdrehen den Weltfrieden zu sichern, und das sei die Erlaubnis, zwölf mächtige Zeitungsredakteure zu hängen, beginnend mit dem Redakteur der Kölnischen Zeitung, dem der Redakteur der Times folgen würde usw. Hierzu schreibt die Kölnische Zeitung, sie mache von der Ermächtigung des Herrn Bülow Gebrauch, mitzuteilen, daß er die traglichen Aeußerungen nicht getan habe. In seiner Unterredung mit Herrn Stead habe nicht der Reichskanzler derartige Ideen entwickelt, sondern Herr Stead habe erzählt, daß er schon vor Jahren in Petersburg einem hohen Diplomaten gegenüber die Aufhängung von Redakteuren als das beste Mittel zur Wahrung des Weltfriedens empfohlen habe.

* Der Posener Magistrat ist nach dem Vorbild einer Reihe anderer Städte wie Frankfurt a. M., Köln, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Kreuznach, Bernburg, Weißensee, Liegnitz, Hanau, Paderborn, Pankow, Weißenfels, Breslau u. a. der Einführung einer **Wertzuwachssteuer** näher getreten. Er hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, die folgende Grundsätze enthält:

„Die Wertzuwachssteuer beträgt 5 pCt. der Wertsteigerung. Uebersteigt sie jedoch 10 pCt. des letzten Erwerbspreises, so tritt zu der Grundsteuer von 5 pCt. ein Zuschlag, der beträgt:

2 pCt.	von dem Teile des Wertzuwachses, der über	10	—	20	pCt.
4	„ „ „ „ „ „	20	—	30	„
6	„ „ „ „ „ „	30	—	40	„
8	„ „ „ „ „ „	40	—	50	„
10	„ „ „ „ „ „	50	—	60	„
12	„ „ „ „ „ „	60	—	70	„
14	„ „ „ „ „ „	70	—	80	„
16	„ „ „ „ „ „	80	—	90	„
18	„ „ „ „ „ „	90	—	100	„
20	„ „ „ „ „ „	100			„

bis 200 pCt. des Erwerbspreises

Das Posener Tageblatt bemerkt hierzu:

„Kaum in irgend einer anderen deutschen Stadt ist bei den Grundstücksverkäufen mit solchen Unsummen von Barverdienst der Verkäufer gerechnet worden, wie in den letzten zehn Jahren in Posen; Grundstücke, die in den 80er Jahren, besonders in den Vororten, zu Spottpreisen zu haben waren, sind im Werte ganz ungeheuer gestiegen und haben ihren Eigentümern ungemessene Summen in den Schoß geworfen, ohne daß der Besitzer auch nur das geringste getan hatte, den Wert seines Grundstückes zu heben. Die Ursache dieser Preissteigerung liegt einmal daran, daß durch die auf allgemeine Kosten der gesamten Bürgerschaft hergestellten Verbesserungen der Umgebung des Grundstücks, wie Vornahme von Straßenpflasterungen, Einführung von Beleuchtung, Errichtung öffentlicher Gebäude und Anlagen usw., der Grundstückswert sich naturgemäß bedeutend hob. Die Ursache der außerordentlichen Grundstückspreissteigerung liegt aber auch, wie in der Magistratsvorlage ausgeführt wird, in der bei gleichbleibendem Angebot ständig vermehrten Nachfrage, und diese ist wieder die Folge des wirtschaftlichen Entwicklungs- und der überraschend schnellen Bevölkerungszunahme unserer Stadt. Besonders aber wird man folgenden Ausführungen der Magistratsvorlage bei objektiver Prüfung zustimmen müssen: „Der Wertzuwachs kommt dem jeweiligen Eigentümer zu gute; nur zum verschwindenden Teile aber ist er durch eigene Tätigkeit des Eigentümers selbst hervorgerufen, auch jedem persönlich Untüchtigen und Untätigen der ein Grundstück innerhalb der Entwicklungssphäre der Stadt besitzt, fällt in gleicher Weise der Gewinn in den Schoß. Dieser ist demnach zum größten Teile unverdient, er ist aber auch nicht die Folge zufälliger Konjunkturen; weder die Besitzertätigkeit, noch die zufällige Gestaltung des Marktes, sondern die Verschiedenheit in der Entwicklung des Gemeinwesens schafft notwendigerweise die steigenden Werte, aus denen der Grundbesitzer Nutzen zieht. Für den Vorteil aber, den die Allgemeinheit dadurch einzelnen wenigen bietet, leisten sie trotz der auf Grundbesitz bereits liegenden Steuern und sonstigen Lasten kein ausreichendes Aequivalent. Nach Maßgabe dieser Tatsachen beurteilt, der wirtschaftlich etwas leistet, auch den Vorteil haben soll, hat die Allgemeinheit einen begründeten Anspruch, in erheblicherer Weise als bisher an dem Gewinn beteiligt zu sein, der sich aus jener Wertsteigerung ergibt. Sie hat das natürliche Recht, von dem, was sich hauptsächlich ihr Verdienst ist, wenigstens einen geringen Teil entnehmen, oder besser gesagt, zurücknehmen zu dürfen für den eigenen dringenden Bedarf." Die Vorlage beschäftigt sich sodann mit den Einwänden gegen die Wertzuwachssteuer und betont, daß in der nationalökonomischen Wissenschaft wohl bisher keine Steuerform so übereinstimmend als gut befunden worden ist, wie gerade die Wertzuwachssteuer. Welche Einnahmequelle der Stadt aus der Wertzuwachssteuer eröffnet wird, erhellt wohl am augenfälligsten aus einem Grundstückverkauf der jüngsten Zeit, bei dem ein an der Hauptverkehrsstraße gelegenes großes Haus nach 1½ Jahren seinen Besitzer wechselte und dem bisherigen Eigentümer bei einem Verkaufspreise von 1 250 000 ℳ das beschiedene Sümmchen von 350 000 ℳ Gewinn brachte.

Die Landwirtschaftswoche.

Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege.

s. u. h. 13. Februar.

Im großen Saale des Hauses der Gesellschaft der Freunde hielt heute der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege seine Hauptversammlung, zu der sich eine ganze Reihe von hervorragenden Männern und viele Damen eingefunden hatten. Die Verhandlungen leitete der Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Thiel. Ferner waren u. a. anwesend der vortragende Rat im Geheimen Zivilkabinett des Kaisers, v. Berg, Geh. Ober-Regierungsrat Lohmann vom Reichsamt des Innern, Regierungsrat Ruppert vom Reichsversicherungsamt, Dr. Burkhardt vom Kaiserlichen Gesundheitsamt, der Oberpräsident der Rheinprovinz Frhr. v. Schorlemer; ferner der Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Prof. Dr. Zinn, die Vertreter vieler Landwirtschaftskammern und zahlreiche Korporationen. — Ministerialdirektor Dr. Thiel eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten. Die Arbeiten des Vereins seien gedeihlich fortgeschritten und hätten selbst in fernerstehenden Kreisen Anerkennung gefunden, weil z. B. die Arbeitgeber jetzt unter der Landflucht hart zu leiden hätten. Die Bestrebungen des Vereins zielten darauf hin, dieser Landflucht zu steuern durch innere Kolonisation, indem man den Arbeitern eine Scholle gebe, die ihnen lieb und wert ist. Eine gewisse Abwanderung nach der Stadt werde immer stattfinden. Das Ziel der inneren Kolonisation sei, die Leute so lange wie möglich auf dem Lande zu erhalten. Gebe man dem Arbeiter Gelegenheit, Grund und Boden auf dem Lande zu erwerben, so werde er sich dort bald wohl fühlen. Die Lohnhöhe sei dabei nicht das Wesentliche, sondern die ganze Lage des Arbeiters. Vor allem könne die Schule die Liebe zur ländlichen Arbeit wecken, z. B. durch den Handfertigkeitsunterricht und das Vertrautmachen mit der Natur in Wald und Feld und im Schulgarten. Man wird daran denken müssen, schon durch den Jugendunterricht auf die Landjugend zu wirken. Freilich viele Leute wissen kein anderes Mittel, gegen die Landflucht als die Beschränkung der Freizügigkeit. Das sei aber ein Mittel, das zunächst wohl keine Majorität im Reichstage finden werde, dann aber auch in unserem Zeitalter des Verkehrs praktisch undurchführbar sei. (Beifall.) — Den Geschäftsbericht erstattete dann Heinrich Sohnrey-Berlin. Danach beträgt die Mitgliederzahl zurzeit 1145, von denen 244 korporative Mitglieder sind. Zu den korporativen Mitgliedern gehören: die Ansiedlungskommission, 9 Generalkommissionen, 111 Kreis- und Bezirksausschüsse, 17 weitere Behörden, 4 Versicherungsanstalten, 8 Landwirtschaftskammern, 46 landwirtschaftliche Vereine, 8 Vereine für innere Mission, 38 andere Wohlfahrtsvereine. Von den anderen Mitgliedern sind Pfarrer 226, Lehrer 73.

Dann sprach Oberpräsidialrat v. Schwerin-Münster über die Wohlfahrtspflege durch Kreiseinrichtungen. Sie sei ein bereits durch die Kreisordnung gestütztes nobile officium der Kreiskommunen zur Ergänzung staatlicher Maßnahmen, zur Kräftigung der Selbstverwaltung, zur Kulturarbeit des Volkes, zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Kreisbürger und zum Ausgleich sozialer Gegensätze. Die Kreiswohlfahrtspflege teilt sich in Verwaltungs- und in Kulturaufgaben, je nachdem sie notwendige Bedürfnisse der Verwaltung oder erwünschte Fortschritte der Kultur zum Gegenstand hat. Die Erfüllung beider Aufgaben wird zweckmäßig wesentlich erleichtert durch das Kreisabgabengesetz vom 23. April 1906. Ferner berichtete Landrat v. Batocki-Königsberg über Erfahrungen in der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter. Der Verein für Wohlfahrts- und Heimatpflege hat auf dem Gebiete der Krankheitsfürsorge durch Einrichtung zahlreicher Diskonstationen, Einrichtung von Krankenhäusern auf dem Lande und in kleinen Städten und durch Privatwohltätigkeit viel geleistet. Für die ländlichen Arbeiter sollte mindestens ebenso gut gesorgt werden wie für die städtischen. Aber ohne Eingreifen der Gesetzgebung kann das nicht geschehen. Dann eine Krankenversicherungspflicht besteht für ländliche Arbeiter im allgemeinen nicht. Das dem Recht der freiwilligen Versicherung wird aber fast nie Gebrauch gemacht. Als Ersatz kommt nur die Armenpflege in Betracht. Diese ist aber auf dem Lande wenig wirksam. Eine einfache Ausdehnung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen würde zum Ruin der Arbeitgeber in den ärmsten östlichen Gegenden führen. Der Staat muß daher für solche Gegenden Mittel bereitstellen. Falls es gelingt, die drei Arbeiterversicherungszweige zu verschmelzen, muß der jetzt nur für Invaliditäts- und Altersrente gewährte Reichszuschuß so verteilt werden, daß Arbeiter und Arbeitgeber in annähernd Gegenden erträglich belastet werden. Reich und Staat haben ein so dringendes Interesse an der Einschränkung der Landflucht und der Gesunderhaltung der Landbevölkerung, daß Geldopfer für diesen Zweck voll berechtigt sind. (Beifall.) — In der Diskussion kamen ähnliche Anschauungen zu Tage.

* * *

s. u. h. In der Vereinigung Deutscher Schweinezüchter sprach am Mittwoch Veterinärrat Dr. Foth-Schleswig über die Bekämpfung der Schweineseuchen. Im Anschluß an diesen Vortrag schilderte Professor Dr. Wassermann die neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Schweineseuchenbekämpfung. Weiterhin berichtete Geh. Hofrat Prof. Dr. Kellner-Möckern über die Ergebnisse der vom Deutschen Landwirtschaftsrate veranlaßten und mit Reichsunterstützung ausgeführten Mästungsversuche mit Schweinen. Gleichzeitig tagte die Obst- und Weinbauabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und der Verein der Metzgermeister, wo Herr Hergersberg-Berlin einen Bericht über die letztjährigen Wollverfeinerungen in Berlin und über die Lage des Wollmarktes erstattete.

* * *

In der Versammlung der Hackfruchtbauabteilung am Mittwoch berichtete zunächst der Vorsitzende, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Orth über Anregungen, die im Laufe des letzten halben Jahres an die Abteilung herangetreten sind. So ist beschlossen worden, dem Vorschlage des Oekonomierats Andreä näher zu treten und eine Anleihung herauszugeben für die Anlage von Höhenbauerweiden auf bisher gar nicht oder wenig benutzten Oedländereien. Ferner hat der Ausschuß über die Hackfrüchten verhandelt und darüber sehr interessante Aufschlüsse entgegengenommen. Weiter ist die Verhandlung der Frage nach der Zweckmäßigkeit der Düngerschen Druckrollen von der Geräteabteilung auf die Ackerbauabteilung übergegangen und wird hier weiter bearbeitet werden. Hierauf berichtete der Leiter des Bakteriologischen Instituts zu Halle a. S., Dr. H. Raebiger, über Maßnahmen zur Bekämpfung der Ratten-, Mäuse- und Schneckenplage. Frhr. Hans v. Berlepsch über den Vogelschutz.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Für die bevorstehende **Nachwahl in Mülhausen-Langensalza** wurde in einer stark besuchten Versammlung der Vertrauensmänner der konservativen Parteien, des Bundes der Landwirte, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Staatsminister v. Möller einstimmig als Kandidat der nationalen Parteien aufgestellt.

Bei der Hauptwahl am 25. Januar erhielten Freiherr von Zedlitz (Kons.) 10 541, Eickhoff (Freis. Vp.) 6117, Eschwald (Soz.) 6016 Stimmen. In der Stichwahl siegte Eickhoff mit 14 112 gegen 11 118 Stimmen des Freiherrn v. Zedlitz. Exz. v. Möller hat Aussicht, schon im ersten Wahlgange gewählt zu werden.

* Der in Hagenow-Grevesmühlen gewählte linksliberale Abg. **Graf Bothmer**, der in der Stichwahl als wildliberal aufgeführt worden ist, hat seinen Beitritt zu der parlamentarischen Gruppe der Freisinnigen Vereinigung angemeldet. Dagegen hat der in Lippe-Detmold gewählte liberale Kandidat Dr. Hamm-Hofer dem Vorstande des Wahlvereins der Liberalen bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, daß er der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant beitreten werde. Die Freisinnige Vereinigung zählt also nun, vorbehaltlich weiterer noch ausstehenden Meldungen aus den Kreisen der gewählten wildliberalen Abgeordneten, 13 Abgeordnete und einen Hospitanten.

* Aus Jarotschin, 14. Februar, wird gemeldet: Bei der gestrigen Reichstagsnachwahl im Wahlkreise Wreschen-Pleschen-Jarotschin ist der **Pole Rechtsanwalt Seyda** in Posen **gewählt** worden. Das ziffernmäßige Gesamtergebnis liegt noch nicht vor. — Die Nachwahl war erforderlichgeworden, weil der zweimal gewählte polnische Abgeordnete v. Czarlinski auf das Wreschener Mandat verzichtet hatte.

Herrenhaus.

* In das Herrenhaus berufen ist durch Allerhöchsten Erlaß vom 31. Januar d. Js. der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Geh. Regierungsrat am Zehnhoff **Wilhelm Holle** auf Präsentation dieser Stadt an Stelle des am 27. Mai 1906 verstorbenen Oberbürgermeisters Zweigert.

Abgeordnetenhaus.

* Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der **Budgetkommission** stand der Eisenbahnetat. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Minister folgende Erklärung ab: „Da der Antrag des Staates Oldenburg auf Genehmigung eines Kanals in der Richtung Ems-Dortmund in der vorliegenden Form in keiner Weise preußische Mittel in Anspruch nimmt, so liegt verfassungsrechtlich eine Verpflichtung der Staatsregierung, ihre Stellungnahme von der Zustimmung des Landtags abhängig zu machen, nicht vor. Infolgedessen ist zugegeben, daß im Falle des Zustandekommens jenes Kanals die Grundlagen für die Beurteilung des Emdener Hafenprojekts, auf welches die im Extraordinarium des Etats der Bauverwaltung für 1907 angeforderte zweite Rate von 2 000 000 ℳ sich bezieht, eine Veränderung erfahren werden. Mit Rücksicht hierauf erkläre ich mich bereit, das Ergebnis der Prüfung über die wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile einer Kanalverbindung in der Richtung Ems-Dörpen oder in einer ähnlichen Richtung für die beteiligten preußischen Interessen für den Fall, daß die Erteilung der Genehmigung in Aussicht genommen werden sollte, so zeitig dem Landtage vorzulegen, daß er vor einer Entscheidung mit der Staatsregierung verhandeln und seinerseits zu dem Unternehmen Stellung nehmen kann." Hierauf trat die Kommission in eine Generaldebatte über den Eisenbahnetat ein. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Mehreinnahmen auf rund 205 Millionen, die Mehrausgaben auf rund 150 Millionen geschätzt sind, die Mehreinnahmen für Personen- und Gepäckverkehr auf za. 45 Millionen, für Güterverkehr auf za. 148 Millionen. Der Berichterstatter berechnet, daß bei einem derzeitigen Anlagekapital von 6½ Milliarden die